

Kosten für Pensionssystem laufen aus dem Ruder

WIEN. Das Pensionssystem benötigt immer höhere Zuschüsse des Bundes, um die laufenden Renten zahlen zu können. Rufe nach Reformen werden ignoriert.

„Man hat es in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt, Reformen umzusetzen. Die Österreicher gehen viel zu früh in Pension“, sagt Christopher Prinz, einer der führenden Volkswirte bei der OECD in Paris, im OÖN-Gespräch.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich auf die Einnahmen der Pensionsversicherung aus. Beitragszahlungen deutlich aus. Der Bundeszuschuss, der für die ASVG-Pensionen benötigt wird, steigt heuer auf 4,3 Milliarden Euro, das sind um zwei Milliarden Euro mehr als noch vor fünf Jahren. Dazu kommen noch Zuschüsse für die Pensionen von Eisenbahnern, Bauern und Gewerbetreibenden über 7,8 Milliarden Euro. Die Beamtenpensionen kosten den Bund

noch einmal acht Milliarden Euro.

Der Obmann der Pensionsversicherungsanstalt, Karl Haas, widerspricht der Aussage, die Zuschüsse würden aus dem Ruder laufen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) verweist darauf, dass die Bundeszuschüsse im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nicht stiegen. Allerdings räumt er mittelfristig Handlungsbedarf ein. Dem Vorschlag von Staatssekretär Reinhold Lopatka

(ÖVP), die so genannte Hacklerregelung schon vor 2013 auslaufen zu lassen, will Hundstorfer nicht näher treten.

OECD-Experte Prinz hält dagegen eine sofortige Abschaffung der Hacklerregelung sowie eine Anhebung des tatsächlichen und des gesetzlichen Pensionsalters für wichtig. Entsprechende Vorschläge wurden gestern von Vertretern der Wirtschaft und der Industrie gemacht. *Weiter auf Seite 9.*

Leitartikel auf Seite 5.

Zu früh in Pension: „In Österreich fehlt der politische Mut“

WIEN/PARIS. Die Österreicher gehen zu früh in Pension, wegen der Wirtschaftskrise fehlen die Pensionsbeiträge. Doch auf politischer Ebene fehle der Mut, etwas zu verändern.

Zu diesem Schluss kommt Christopher Prinz. Der Österreicher ist einer der führenden Ökonomen bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Seit 20 Jahren habe sich nichts am niedrigen Pensionsantrittsalter der Österreicher verändert. Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt gehen die Österreicher um fünf Jahre früher in Pension, im Vergleich zu den Deutschen um drei Jahre früher. „Wenn man sich vor Augen führt, welchen Staub die Pensionsdebatten in den vergangenen Jahrzehnten aufgewirbelt haben, ist es verwunderlich, wie wenig tatsächlich passiert ist“, sagt Prinz im Gespräch mit den Oberösterreichischen Nachrichten.

Prinz schlägt vor, sowohl das tatsächliche als auch das gesetzliche Pensionsantrittsalter zu erhöhen. Ersteres könnte mit der Abschaffung der sogenannten Hacklerregelung und finanziellen Anreizen passieren, tatsächlich erst mit 65 Jahren in Pension zu gehen.

„Vier Jahre länger“

Auch der Managementclub und die Junge Industrie haben am Montag Reformen für das Pensionssystem eingefordert. Mehr Transparenz und eine bessere Relationen zwischen dem, was einbezahlt und ausbezahlt wird, sind Devisen. Wer früher in Pension gehe, solle entsprechend höhere Abschläge in Kauf nehmen müssen. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl fordert,

dass vier Jahre länger gearbeitet und erst mit durchschnittlich 62 Jahren in Pension gegangen werden soll. „Das wäre mit Schweden vergleichbar, und das System käme ohne Zuschüsse aus“, sagt Leitl.

Von den Seniorenvertretern, ÖGB und Grünen sowie von der Pensionsversicherungsanstalt gibt es Beschwichtigungssätze. „Alles halb so schlimm“, heißt es aus der PVA. Schnelle Änderungen widersprechen dem Vertrauensgrundsatz. Und schließlich würden die Arbeitgeber ja frühzeitig in Pension schicken.

Dem hält OECD-Experte Prinz entgegen, dass man diese Lücke schließen müsse. Jahrelang sei das Pensionssystem als arbeitsmarktpolitisches Instrument verwendet worden. „Wenn man die Schlupflöcher nicht schließt, wird es zu keinem Umdenken kommen und die älteren Arbeitnehmer ab 55 Jahren gelten weiterhin als unvermittelbar“, sagt Prinz. (dm)



„Es ist erstaunlich, wie viel Staub die Pensionsdiskussion in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten aufgewirbelt hat und wie wenig sich trotzdem verändert hat.“

CHRISTOPHER PRINZ

Österreichischer Ökonom in Diensten der OECD in Paris.